

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgirotasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 33 327

Bersprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbm. 1,20, monatlich 2,40, für Selbstabholer 80 Pfg. Tabellarischer Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Giese, Inh. Walter Giese
Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 83 Bad Schandau, Freitag, den 8. April 1927 71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Reichspräsident v. Hindenburg hat gegen die illustrierte Zeitschrift der „Rote Stern“ wegen der in ihrer Aprilnummer enthaltenen Beleidigungen Strafantrag gestellt.

* Im Reichsrat wurde gegen das Finanzausgleichsgesetz kein Einspruch erhoben. Bei den erhöhten Biersteueranteilen für Süddeutschland wurde der preussische Antrag, Einspruch zu erheben, mit 37 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

* Belgien geht jetzt daran, seine Ostgrenze zu befestigen. Die Forts am rechten Maasufer bei Vüttich sollen den modernen Kriegsmethoden angepasst werden.

* In außerordentlicher Sitzung hat die Londoner Handelskammer beschlossen, das im Jahre 1916 erlassene Mitgliedsverbot für deutsche, österreichische und türkische Firmen wieder aufzuheben.

* Die Nachricht, daß zwischen der französischen Regierung und Sowjetrußland eine grundsätzliche Vereinbarung über das Schuldenproblem zustande gekommen sei, wird vom Quai d'Orsay demontiert. Auch die in der Presse verbreiteten Einzelheiten über die Basis eines Sicherheitsabkommens seien nicht zutreffend. Die Verhandlungen würden indessen fortgesetzt.

Chinesisch-russische Ueberraschungen.

Es war in den Oktobertagen 1918. In Berlin sah als Geschäftsträger der Sowjetrepublik Herr Joffe. Bekanntlich unterliegt das diplomatische Gepäck, das an eine Gesandtschaft geht, ebensowenig einer Kontrolle durch die Zollbehörden wie überhaupt die Zensurbehörden, die an eine diplomatische oder an eine konsularvertretung gerichtet die Grenze überschreiten. Nun erhielt Herr Joffe außerordentlich viel Gepäckstücke und Kisten zugesandt, bis beim Ausladen auf dem Bahnhof eine solche Kiste zu Boden stürzte und platzte. Da stellte es sich heraus, daß der Inhalt dieser Kiste nichts anderes war als ganze Ballen von Agitationsmaterial, das mit Hilfe des diplomatischen Gebrauchs unkontrolliert von der Sowjetregierung durch ihre Berliner Vertretung den deutschen Spartakisten in die Hände gespielt werden sollte. Und was vorher auch wirklich ohne weiteres geglättet war. Selbstverständlich war, daß daraufhin Herr Joffe auf Druck der deutschen Regierung nach Moskau zurückberufen wurde.

In diese kleinen Geschichten erinnerte man sich, als jetzt die außerordentlich überraschende Mitteilung aus Peking kam, der General Tschangtsolin habe das russische Vorkommnis in Peking gesehen und eine große Anzahl von Personen, die sich dort befanden, durch seine Soldaten festnehmen und abtransportieren lassen. Unter den Festgenommenen sollen sich 50 Chinesen, aber auch 20 Russen befinden haben. Außerdem wurden in ganzen Wagenladungen Bücher, Gewehre, Munition und Flaggen der chinesischen Bolschewisten abtransportiert. Die Maßregel erfolgte, weil angeblich eine große Anzahl chinesisch-bolschewistischer Agitatoren in Peking eingetroffen und im Sowjetgebäude einquartiert seien. Noch auffällender als dieses Ereignis ist, daß angeblich das diplomatische Korps mit diesem Vorgehen der Regierungsbehörden Peking einverstanden war, daß vor allem England über das Vorhaben Tschangtsolins unterrichtet gewesen sei.

Formell bedeutet dieses chinesische Vorgehen einen geradezu einzig dastehenden Bruch der international garantierten Exterritorialität, deren sich jede Botschaft erfreut. Das Gesandtschaftsgebiet in Peking ist eine durch hohe Mauern geschützte besondere Stadt, die kein chinesischer Soldat betreten dürfte; es konnte diesmal angeblich auch nur geschehen unter Zustimmung der nicht-russischen Gesandtschaften. Sehr bald wird daher zunächst einmal die Frage gestellt werden müssen, ob auch der deutsche Gesandte seine Zustimmung zu dem chinesischen Vorgehen gegeben hat. Politisch kann das Ereignis natürlich von den weittragendsten Folgen sein, denn es ist selbstverständlich, daß ein Volk, das auf sein Ansehen auch nur das geringste gibt, sich etwas Derartiges nicht gefallen lassen wird. Wenn Tschangtsolin der Sowjetregierung nicht eine Genußnahme gibt, die weit über das Maß dessen hinausgeht, was beispielsweise von Deutschland nach dem Vorerlaß für die Ermordung des deutschen Gesandten verlangt worden ist — und daß der chinesische General eine solche Genußnahme gibt, ist ganz unwahrscheinlich —, dann ist ein Einrücken sowjetrussischer Truppen nach Nordchina, also vor allem in die Mandschurei, fast eine Selbstverständlichkeit. Ebenso selbstverständlich ist, daß Moskau jetzt ganz offen auf die Seite Südschinas und dessen Regierung treten, die Peking Regierung aber nicht mehr als eine völkerrechtlich gültige Vertretung Chinas anerkennen wird. Gleichgültig, ob die Mitteilungen über die sonstigen Einzelheiten richtig sind, — die Tatsache eines schweren Bruchs des Völkerrechts liegt vor, was auch seitens der Peking Regierung darauf hingewiesen und vielleicht auch mit Recht erklärt werden können, daß unter der Flagge der Exterritorialität eine kommunistische Agitation gegen die Peking Regierung und zur Vorbereitung des südchinesischen Angriffs erfolgt sei. Vielleicht war überhaupt der Zweck des ganzen Vorgehens, solche Verwicklungen herbeizuführen, obwohl man nicht recht einzusehen vermag, warum sich der an und für sich schon schwer bedrängte nordchinesische General Tschangtsolin nun auch noch die ganze offene Feindschaft Rußlands zugezogen hat. Vielleicht beruhen die Nachrichten auf Wahrheit, daß die Sowjetregierung schon seit längerem an der chinesischen Grenze Truppen zusammengezogen hat. Vielleicht hofft der chinesische General jetzt auf englische Unterstützung.

Strefemann über die albanische Frage

Sagung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Donnerstag unter dem Vorsitz des deutschnationalen Abgeordneten Wallraf zu einer Sitzung zusammen. Den Verhandlungen wohnten von den Mitgliedern des Reichskabinetts die Minister Dr. Strefemann, Dr. Gessler und Dr. Curtius sowie Staatssekretär Dr. Schubert und fast sämtliche Vertreter der deutschen Länder bei. Nach kurzer Besprechung wurde zunächst das Saargrenzabkommen und das deutsch-französische Handelsprovisorium zur weiteren Beratung an den Handelspolitischen Ausschuss verwiesen, der dem provisorischen Wirtschaftsabkommen mit Frankreich bereits mit 15 gegen 10 Stimmen zugestimmt hat. Es folgte sodann die Besprechung über Deutschlands Politik in China, über die sich Außenminister Dr. Strefemann in längeren Ausführungen äußerte.

Nach Erledigung dieses Punktes beschäftigte sich der Auswärtige Ausschuss auch mit der albanischen Frage. Dr. Strefemann berichtete hierbei über den Gang der Verhandlungen und teilte mit, daß auch an Deutschland die Aufforderung ergangen sei, sich an einer einzusetzenden Grenzuntersuchungskommission zu beteiligen. Von verschiedenen Ausschussmitgliedern wurden gegen die Beteiligung an einer solchen Kommission Be-

munistische Agitation gegen die Peking Regierung und zur Vorbereitung des südchinesischen Angriffs erfolgt sei. Vielleicht war überhaupt der Zweck des ganzen Vorgehens, solche Verwicklungen herbeizuführen, obwohl man nicht recht einzusehen vermag, warum sich der an und für sich schon schwer bedrängte nordchinesische General Tschangtsolin nun auch noch die ganze offene Feindschaft Rußlands zugezogen hat. Vielleicht beruhen die Nachrichten auf Wahrheit, daß die Sowjetregierung schon seit längerem an der chinesischen Grenze Truppen zusammengezogen hat. Vielleicht hofft der chinesische General jetzt auf englische Unterstützung.

Das französische Außenministerium läßt freilich zu dem Vorkommnis erklären, daß es sich nicht um die russische Botschaft allein gehandelt habe, sondern um eine Durchsuchung des ganzen Gesandtschaftsgebietes, von der das diplomatische Korps vorher in Kenntnis gesetzt worden sei. Dadurch werden die Dinge aber nicht anders, werden vor allem die Folgen nicht andere, die aus diesen überraschenden Maßnahmen der verzweifelt kämpfenden Nordchinesen erwachsen werden.

Russischer Protest in Peking.

Nachfragen an die deutsche Peking Gesandtschaft.

Der russische Geschäftsträger in Peking, Tschernych, hat gegen das Vorgehen der chinesischen Polizei beim Ministerium des Innern energischen Protest erhoben. Dem Peking Korrespondenten der „Morning Post“ zufolge ist die Erlaubnis zum Betreten des Gesandtschaftsgebietes von dem Doyen des Diplomatischen Korps den chinesischen Behörden erteilt worden. In politischen Kreisen Peking hält man einen Abbruch der Beziehungen zwischen Peking und Moskau für wahrscheinlich.

Nach den bisher bei den Berliner amtlichen Stellen eingetroffenen Nachrichten über die Vorgänge im Peking Diplomatenviertel soll es nicht zutreffen, daß in Peking das russische Botschaftsgebäude durchsucht worden ist. Vielmehr haben nach den bisherigen deutschen Feststellungen chinesische Polizeitruppen eine Durchsuchung alter russischer Militärbaracken im Gesandtschaftsgebiet vorgenommen, dort Material beschlagnahmt und eine große Anzahl von chinesischen Personen, die sich in den Baracken aufhielten, verhaftet. Von einer Festnahme russischer Staatsangehöriger ist nichts bekannt. Die Polizeiaktion erfolgte auf gewisse Verdachtsmomente gegen chinesische Staatsangehörige hin. Wenn seitens des Diplomatischen Korps die Ermächtigung zu dieser Polizeiaktion erteilt worden ist, so ist nach den bisherigen Informationen der deutschen Gesandtschaft in Peking dieser Ermächtigungsbeschluss nicht vorher mitgeteilt worden. Es scheint sich also nicht um eine Kollektivermächtigung des Diplomatischen Korps in Peking zu handeln, doch sind die Nachrichten aus Peking bisher noch so verworren und die Handhabung diplo-

mathe geäußert, da Deutschland leicht hierdurch in Schwierigkeiten verwickelt werden könnte. Regierungseitig vertrat man dagegen die Meinung, daß es mit Deutschlands Stellung als Großmacht nicht vereinbart werden könnte, eine Aufforderung zum Eintritt in eine solche Kommission auszusprechen.

Deutschlands Mitwirkung in der Albanienkommission.

Deutschland hat bekanntlich seine Beteiligung an der Albanienkommission davon abhängig gemacht, daß erstens alle interessierten Mächte dieser Beteiligung zustimmen und daß zweitens die Funktionen dieser Kommission vorher festgelegt würden. Diese beiden Vorbehalte haben jetzt ihre Erledigung gefunden, so daß die Teilnahme Deutschlands an dieser Kommission gesichert ist. Albanien, Südschweden und Italien haben zwar nicht formell der Teilnahme Deutschlands zugestimmt — wie ja überhaupt die ganzen Kommissionsverhandlungen nicht formell schriftlich geführt werden —, aber nach den abgegebenen Erklärungen dieser drei Länder wird von ihnen eine Mitwirkung Deutschlands begrüßt.

Die Verhandlungen über die technischen und sonstigen Aufgaben der Kommission, die nur im Moment eines akuten Konflikts in Aktion treten soll, werden zurzeit zwischen den beteiligten Mächten, Deutschland, Frankreich und England, eifrig abgelaufen.

mathe Schritte der fremden Mächte in Peking eine so komplizierte, daß seitens der Berliner amtlichen Stellen niemals eine Klage an die deutsche Peking Gesandtschaft ergangen ist.

Vor dem Abbruch der Beziehungen Moskaus zu Tschangtsolin.

Riga, 7. April. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung noch keine Beschlüsse über die Vorfälle in Peking gefaßt. Auf jeden Fall soll schon heute feststehen, daß die Sowjetregierung ihre Beziehungen zu der Peking Regierung nicht abbrechen wird, sondern nur die Beziehungen zu Tschangtsolin. Es werde erwogen, das Generalkonsulat in Mukden aufzulösen. Militärische Vorbereitungen sollen russischerseits nicht getroffen werden.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist dort ein ausführlicher Bericht über den Ueberfall auf die russische Sowjetbotschaft eingetroffen. Es verkundet, daß eine scharfe Protestnote vorbereitet und noch heute nach Peking abgeandt wird.

London. Wie aus Peking gemeldet wird, hat nicht nur der russische Geschäftsträger, sondern auch der holländische Gesandte bei der Peking Regierung gegen die Ueberbreitung der den chinesischen Beamten gewährten Privilegien Protest erhoben.

Nach einer weiteren Meldung aus Peking hat Tschangtsolin seinerseits in einer an Moskau gerichteten Note gegen die Verletzung der diplomatischen Vorrechte durch den russischen Geschäftsträger Protest eingelegt. Die Gebäude der Botschaft seien zu Propagandazwecken benutzt worden mit der Absicht, die gegenwärtige Peking Regierung zu stürzen.

London, 7. April. Es ist bemerkenswert, daß der Ueberfall der Truppen Tschangtsolins auf das russische Gesandtschaftsgebiet von der englischen Presse zu einem Ereignis von untergeordneter Bedeutung herabgedrückt wird. Redaktionell wird der Vorfall nur spärlich oder gar nicht kommentiert. Nur der liberale Manchester Guardian gibt seiner ehrlichen Entrüstung Ausdruck und fordert den englischen Außenminister auf, zu der Beschuldigung Stellung zu nehmen, daß der Ueberfall im Einvernehmen mit dem britischen Gesandten in Peking ausgeführt worden sei. Wenn dies richtig wäre, dann habe England im chinesischen Bürgerkrieg Partei ergriffen.

Wie der Amtliche englische Funkpruch meldet, ist die Räumung der englischen Konzeptionen Schunling, Tschang und Schangschu restlos durchgeführt. Die englischen Kriegsschiffe sind zurückbeordert worden.

Die russische Botschaft in Peking noch immer besetzt? Weiter Zunahme der fremdenfeindlichen Bewegung?

Paris, 7. April. Die letzten Meldungen aus Hankau sprechen von einer weiteren Verschlechterung der Gesamtlage in